

C013: Wohnungspolitik - Kurswechsel bei den Modernisierungskosten

Laufende Nummer: 054

Antragsteller/in:	DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung als Material zu Antrag C011
Sachgebiet:	C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat
Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen	Zeile 1 - 2: Ersetzung

Wohnungspolitik - Kurswechsel bei den Modernisierungskosten

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 Die Investitionsumlage für energetische Sanierungen von Wohngebäuden ~~ist von 11 Prozent auf 8-~~
- 2 ~~Prozent~~ an die Mieter ist deutlich zu senken. Modernisierungskosten können bislang zeitlich unbegrenzt auf die
- 3 Mieter umgelegt werden. Dies ist zu begrenzen, wenn die Kosten für die Modernisierung abgegolten
- 4 sind.

Begründung

Wohnen muss wieder bezahlbar werden.

Trotz der nachgewiesenen Unwirtschaftlichkeit der energetischen Sanierung für die Mieter, setzen große Immobiliengesellschaften auf die energetische Sanierung, da die entstandenen Investitionskosten in Höhe von 11 % auf die Mieter umgelegt werden können. Immobiliengesellschaften, die ihre Renditen durch Mieteinnahmen erzielen, dienen vornehmlich nur den Interessen der Anleger und nicht den Mietern.

Modernisierungskosten können bislang zeitlich unbegrenzt auf die Miete umgelegt werden.

Es ist nicht einzusehen, warum Mieter und Mieterinnen belastet werden, obwohl die Kosten für die erfolgten Modernisierungsmaßnahmen schon längst abgegolten sind. Die bisherige Regelung erhöht damit unangemessen auf Dauer die Mieten und ist ein lukratives Geschäft für die Immobiliengesellschaften.

Die vorgesehene Absenkung der Investitionsumlage von 11 % auf 8 % sollte schnellstens Gesetzeskraft erlangen, da diese die Mieter nicht so hoch belastet und damit eine eventuelle Verdrängung aus der Wohnung vermieden wird.

Abgesehen davon, dass diese Mieterhöhung für die Mieter ein Nachteil ist, hat diese in der Folge soziale, gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftliche Auswirkungen. Soziale Auswirkungen entstehen dadurch, dass viele Mieter damit zu Sozialfällen werden, mit der konkreten Bedrohung, sich ihren Wohnraum nicht mehr leisten zu können und ausziehen zu müssen.

Mehrausgaben für Miete belasten den Bürger, verringern den Wohlstand und beeinflussen die

Konjunktur, denn das Geld, das für Miete mehr zu zahlen ist, muss woanders eingespart werden. In den knappen Kassen vieler Normal- und Geringverdiener-Haushalte zählt jedoch bereits jetzt jeder Euro.